

# Jahreswirtschaftsbericht Indien 2009/10

## Teil I – *Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage*

### 1. Kurzcharakterisierung der Wirtschaft Indiens

Mit 7,4 % Wachstum im abgelaufenen Haushaltsjahr 2009/10 gehört Indien mit China zu den weltweit am stärksten expandierenden Volkswirtschaften. Bis zur Mitte des Jahrhunderts wird Indien voraussichtlich nicht nur das bevölkerungsreichste Land der Erde sein, sondern auch mit seinem Bruttoinlandsprodukt nach China und USA an dritter Stelle liegen.

Trotzdem bleibt Indien mit einem durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopfeinkommen von nur 795 USD und enormen Defiziten in der sozialen Infrastruktur weiterhin ein Entwicklungsland. 28% der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze von 1,25 USD pro Kopf/Tag (mehr als 50% von weniger als 2 USD). Auf dem Human Development Index der UNDP verschlechterte sich Indien gegenüber dem Vorjahr von Platz 131 auf 134 (von 182). Indien liegt bei etlichen Sozialindikatoren deutlich unter den Durchschnittswerten von Subsahara-Afrika, beheimatet gleichzeitig aber weltweit die meisten Millionäre und Milliardäre.

Die Hochwachstumsphase der letzten Jahre hat die krassen regionalen Entwicklungsunterschiede auf dem Subkontinent und das Einkommensgefälle zwischen der expandierenden städtischen Mittelschicht und der überwiegend armen Bevölkerung auf dem Lande (70% der Gesamtbevölkerung) nicht verringert. Die erhofften massiven Beschäftigungseffekte des Wachstums sind bislang ebenso ausgeblieben wie nachhaltige Auswirkungen auf die Strukturen der indischen Volkswirtschaft, die sich von denen anderer dynamisch wachsender Schwellenländer maßgeblich unterscheiden.

Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg Indiens war die schrittweise Deregulierung und Öffnung der indischen Volkswirtschaft nach der Finanzkrise von 1991. Die Grundrichtung dieser Reformen ist seither von keiner Regierung in Frage gestellt worden. Allerdings waren Tempo und Umsetzung der Maßnahmen sehr unterschiedlich. Auch die seit 2004 regierende Kongress-Minderheitskoalition (UPA-I) unter Premierminister Manmohan Singh hatte in der ersten Legislaturperiode Privatisierung, Deregulierung und weltwirtschaftliche Integration des Landes zunächst weiter vorangetrieben. Am Ende erlahmte der Reformeifer jedoch sichtlich, auch auf Grund des Widerstandes der die Regierung von außen unterstützenden kommunistischen Parteien. Bei den Wahlen im Mai 2009 konnte die UPA-Regierung zwar einen klaren Sieg erringen. Die Erwartungen an ein höheres Reformtempo haben sich jedoch nicht erfüllt. Die rechnerisch komfortable Mehrheitskoalition (UPA-II) umfasst Partner (Trinamool, West-Bengal DMK, Tamil Nadu), die erhebliches Störpotenzial (z.B. bei der Privatisierung von Anteilen an staatlichen Unternehmen) entfaltet haben. Die Diskussion um die Öffnung des Einzelhandels- oder Verteidigungssektor wird weiterhin kontrovers geführt. Der Gesetzesentwurf für die weitere Öffnung des Versicherungssektors für ausländische Direktinvestitionen (von 26 auf 49 %) wird dagegen voraussichtlich im Herbst zur Abstimmung kommen.

### 2. Struktur der Wirtschaft

Zu den Hauptcharakteristika der indischen Volkswirtschaft gehört das Missverhältnis zwischen BIP- und Beschäftigungsanteil bei Landwirtschaft und Dienstleistungen (mit jeweils

umgekehrten Vorzeichen) und eine vergleichsweise noch geringe Bedeutung der verarbeitenden Industrie. Die überwiegende Mehrheit der indischen Bevölkerung lebt in überkommenen ländlichen Strukturen. Der Anteil der Landwirtschaft an der gesamten Wertschöpfung sinkt seit Jahren kontinuierlich und beträgt nur noch knapp 15 %. Angesichts gravierenden Kapitalmangels, viel zu kleiner Betriebsflächen, stagnierender Erträge und fehlender Absatzstrukturen bleibt der Sektor, von dem weiterhin über die Hälfte aller Inder direkt abhängen (Beschäftigungsanteil 52 %), Hauptsorge jeder indischen Regierung. Wachstum und Wohlstand erzeugt hingegen vor allem der Dienstleistungssektor (57 %), wovon aber nur ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung profitiert (Beschäftigungsanteil von 25%). Die zur Überwindung der Massenarmut notwendige massive Schaffung neuer Arbeitsplätze kann aus Sicht der Regierung am ehesten in der Industrie bzw. im verarbeitenden Gewerbe erfolgen. Dafür muss indes der BIP-Anteil jedoch deutlich über die jetzt erreichten 28 % steigen.

Wesentliches Hindernis für die Ansiedlung neuer Unternehmen ist das verhältnismäßig kleine Reservoir beschäftigungsfähiger Arbeitnehmer. Nur etwa 8% aller Beschäftigten gehören zum organisierten (formellen) Sektor und stehen in geregelten und qualifizierten Arbeitsverhältnissen. Die übrigen 92% der Beschäftigten werden dem unorganisierten (informellen) Sektor zugerechnet. Für sie gelten keine arbeitsrechtlichen Regelungen; sie haben keinen Anspruch auf soziale Leistungen.

Neben der dynamisch expandierenden Privatwirtschaft, deren Investitionen entscheidend zur hohen Gesamtinvestitionsrate von 34,9% BIP beitragen, bleiben eine Reihe von Sektoren (insb. Öl, Gas, Kohle; Schwerindustrie; Luft- und Schienenverkehr, Banken und Versicherungen) weitgehend von öffentlichen Unternehmen unter direkter oder indirekter Kontrolle der Regierung dominiert. Die Regierung hat zuletzt in einigen Bereichen mit der Veräußerung von Staatsanteilen begonnen, scheiterte aber in Einzelfällen am Widerstand der kleineren Koalitionspartner (z.B. Trinamool im Fall Coal India).

### **3. Wirtschaftsklima**

Aufgrund der schieren Größe der Volkswirtschaft, der Demographie und des trotz Finanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise hohen Wachstums ist Indien der nach China wichtigste Zukunftsmarkt, wobei im Unterschied zu China in Indien vor allem die Binnennachfrage hohes Wachstum erzeugt.

Wesentlicher Grund für die mittel- bis längerfristig weiterhin hohen Wachstumsprognosen ist die sogenannte „demographische Dividende“. Trotz langsam nachlassender Geburtenraten wird der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren bis 2026 auf knapp 70 % steigen. Dieses äußerst günstige Generationenverhältnis garantiert auch längerfristig hohe Sparraten (2008/09 32,5 % BIP), die sowohl den privaten Konsum als auch wichtige Kapitalinvestitionen begünstigen. Die notwendigen Arbeitsplätze müssen allerdings größtenteils noch geschaffen werden. Ebenso müssen öffentliche Investitionen in Bildung, Ausbildung und Gesundheitswesen massiv erhöht werden.

Das Paradox steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Reallöhne in der breiten Masse und zunehmender Personalengpässe im qualifizierten und hochqualifizierten Bereich mit entsprechend stark steigenden Personalkosten (in der für den Dienstleistungsexport wichtigen Informationstechnologie durchschnittlichen Lohnsteigerungen zwischen 14 und 17% in den letzten Jahren), hat sich während der auch in Indien spürbaren Finanz- und Wirtschaftskrise geändert. Weitere Lohnsprünge im IT-Sektor blieben aus. Die Beschäftigung hatte seit September 2008 zunächst abgenommen und trotz eines Wiederanstiegs seit Anfang 2009 das Niveau vor der Krise noch nicht wieder erreicht. Einer vom Ministry of Labour and

Employment in Auftrag gegebenen stichprobenartigen Umfrage zu Folge, gehen die Beschäftigungszahlen erst jetzt langsam, aber kontinuierlich wieder in die Höhe, in den binnenmarktorientierten Sektoren drei Mal so schnell wie in den exportorientierten. Insgesamt geht man derzeit von einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 6 bis 8% aus.

Nur etwa 5% aller dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen verfügen nach Regierungsangaben über eine berufliche Qualifikation; bei den unter 30jährigen haben nur ganze 2% eine formale Berufsausbildung absolviert. Während derzeit jedes Jahr knapp 13 Mio. Menschen neu auf den Arbeitsmarkt strömen, wird die Zahl der landesweit zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze auf nur 2,5 Mio. beziffert.

Vor diesem Hintergrund will die Regierung (11. Fünfjahresplan/2007/8 – 2011/12) weiterhin die Ausgaben für schulische und berufliche Bildung auf 6% BIP zu verdoppeln. Mit der „National Skills Development Mission“ und die Formulierung einer „National Employment Policy“ soll dem Phänomen des „jobless growth“ gezielt begegnet werden. Die Programme haben indes bislang noch nicht gegriffen.

Neben schlechter Infrastruktur, ineffizienter Verwaltung und Reformstau sind die gravierenden Defizite im Bereich Humankapital mittlerweile als das größte Fragezeichen hinsichtlich der Ausschöpfung des enormen indischen Wachstumspotentials anzusehen. Bei der Verbesserung des Berufsbildungswesens misst die indische Regierung dem deutschen Beispiel eine besonders große Bedeutung bei. Im Zentrum der Beratungen der deutsch-indischen Arbeitsgruppe „Berufliche Bildung“ steht die Einbeziehung des privaten Sektors in die qualitative und quantitative Entwicklung der beruflichen Bildung in Indien.

Nachdem die Finanz- und Wirtschaftskrise in den Haushaltsjahren 2008/09 und 2009/10 zu einem Nachlassen bei den ausländischen Direktinvestitionen (unter Einschluss der reinvestierten Gewinne) geführt hatte (2008/09: 27,3 Mrd. USD, 2009/10: 25,9 Mrd. USD gegenüber dem Haushaltsjahr 2007/08 vor der Finanz- und Wirtschaftskrise mit knapp 30 Mrd. USD), bezeugen nunmehr erneut steigende Auslandsinvestitionen Vertrauen in den Markt und den Standort Indien.

Indische Unternehmen werden immer mehr auf internationalen Märkten aktiv: indische Direktinvestitionen beliefen sich in der 1. Hälfte 2008/9 auf 9 Mrd. USD (Joint Ventures und Tochterunternehmen); Unternehmenszusammenschlüsse und Übernahmen erfolgten (zwischen Januar und November 2008) in der Größenordnung von 32 Mrd. USD.

#### **4. Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft**

Im Zuge der 1991 eingeleiteten Reformen hat sich Indien zunehmend gegenüber dem Ausland geöffnet. In den meisten Bereichen der Wirtschaft sind mittlerweile ausländische Direktinvestitionen zugelassen; die Obergrenzen für ausländische Beteiligungen wurden entweder ganz abgeschafft oder ausgeweitet. Restriktive Obergrenzen bzw. Kautelen für Direktinvestitionen gibt es nach wie vor in den bereits genannten Branchen Rüstungswirtschaft und Einzelhandel. Die Landwirtschaft und das Handwerk („small scale industries“ vorbehalten, keine industrielle Massenfertigung zugelassen) bleiben für ausländische Direktinvestitionen geschlossen. Neben einer vermeintlichen Beeinträchtigung der nationalen Sicherheit sind es vor allem sozial- bzw. beschäftigungspolitische Vorbehalte, die einer weiteren Öffnung für ausländische Investoren im Wege stehen. Insgesamt wurden die Verfahren aber erheblich vereinfacht und gestrafft, um ausländisches Engagement in Indien zu erleichtern. Anstelle der früheren Genehmigungspflicht ist für die Mehrzahl der Sektoren nunmehr eine Anzeigepflicht (sog. „automatic route“) getreten. Die Unionsregierung hat ein Investitionskomitee unter Vorsitz des Premierminister eingerichtet. Zwischen den Bundesstaaten hat sich mittlerweile

ein reger Wettbewerb um die Ansiedlung ausländischer Unternehmen entwickelt. Die Sektoren mit den höchsten Auslandsinvestitionen seit 1991 waren IT, Elektronik, Dienstleistungen, Transportindustrie (hier vor allem Kfz) und Energie.

Auch im Handel sieht sich Indien auf der Gewinnerseite der Globalisierung. Die weltwirtschaftliche Integration schreitet voran: Der BIP-Anteil des Außenhandels hat sich von 22,5 % 2000/1 auf 37% 2009/10 erhöht. Indiens Exporte haben sich im gleichen Zeitraum fast verdreifacht. Der Anteil am Welthandel erreichte 2006 nach WTO-Angaben ca. 1,2% bei Waren und 2,7% bei Dienstleistungen, wo Indien weltweit bei den Exporten bereits Rang 10 einnimmt und das größte Wachstum aufweist.

Die indischen Exporte und Importe gingen allerdings im Gefolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise zurück. Die indischen Exporte sanken im Haushaltsjahr 2009/10 um 5% auf 176,5 Mrd. USD, die Importe um 8% auf 279 Mrd. USD. Das Defizit in der Handels- und der Leistungsbilanz geht hauptsächlich auf Ölimporte und die starke Nachfrage nach Kapitalgütern zurück.

Obwohl Indien seine angewandten Zölle in den letzten Jahren in der Summe kontinuierlich gesenkt hat, wehrt es sich im WTO-Rahmen weiterhin gegen eine verbindliche Übernahme entsprechender Verpflichtungen. Indien will sich möglichst großen Spielraum bei der Festsetzung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben (z.B. auch bei Stahl, Zement) bzw. -beschränkungen und -verboten (z.B. Reis, Zucker) als Mittel zur Marktregulierung vorbehalten. Nach wie vor weist Indien eine intransparente und häufig durch diskretionäre politische Eingriffe verzerrte Zoll- und Abgabenstruktur sowie eine weite Schere zwischen gebundenen und angewandten Zöllen deutlich als Handelshemmnis auf.

## **5. Aktuelle Wirtschaftsentwicklung, konjunkturelle Lage**

Im abgelaufenen Fiskaljahr 2009/10 erzielte Indien ein Wachstum von 7,4 %. Im laufenden Fiskaljahr wird ein leicht stärkeres Wachstum zwischen 7,5% und 8 % erwartet. Das indische Wachstum ist stark von der Binnennachfrage getragen. Die Dynamik der indischen Volkswirtschaft hat die in Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise eingetretene Abschwächung aufgrund der fiskal- und geldpolitischen Stützungsmaßnahmen in der Mitte des Jahres 2009 überwunden und die Talsohle durchschritten. Die Abschwächung war zwar insgesamt spürbar, jedoch verblieb das gesamtwirtschaftliche Wachstum auf relativ hohem Niveau. Auch im industriellen Sektor, der zwischenzeitlich einen starken Rückgang gezeigt hatte, hat die Erholung nun eine breite Basis gefunden. Die Industrieproduktion wächst jetzt wieder zweistellig. Ebenso steigen auch die Ex- und Importe seit Oktober/November 2009 wieder kräftig an, nachdem sie über fast ein Jahr hinweg kontinuierlich gefallen waren. Begleitet wird die Erholung von einem verstärkten Kreditfluss zum produzierenden Sektor. Die indische Zentralbank Reserve Bank of India (RBI) hat erst jüngst ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum für das Fiskaljahr 2010/11 auf 8,5 % angehoben. Die Aussichten auf mittlere Sicht auf ein kontinuierlichen Wachstumspfad von 9 % zurückzukehren sind gut.

Allein ein solches robustes Wachstum mit der notwendigen Flankierung durch wirksame sozial- und bildungspolitische Maßnahmen wird der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Indiens die Chance eröffnen, sich aus Armut und Unterentwicklung zu befreien und die Arbeitslosigkeit abschütteln zu können (nach den letzten verfügbaren offiziellen Zahlen 8,3 %). Die Beschäftigung müsste jährlich um fast 4% steigen, um das im 11. Fünfjahresplan formulierte Ziel „Arbeit für alle“ bis 2012 zu erreichen. Aber selbst 3% Beschäftigungszuwachs, so die Berechnungen der Planungskommission, würden ein jährliches Wirtschaftswachstum von 9,3% voraussetzen.

Die positiven Entwicklungen der Wachstumsdynamik werden indes durch zur Besorgnis Anlass gebende Entwicklungen bei den Preisen begleitet. Die Inflation auf Basis des führenden Großhandelspreisindex (WPI) beschleunigte sich von 1,5% im Oktober 2009 auf 10,2% im Mai 2010. Zudem ist eine deutliche Veränderung bei den Inflationstreibern zu erkennen. Während sich ursprünglich die Steigerung des Preisindex hauptsächlich auf Veränderungen in Nahrungsmitteln gründete, ist jetzt auf breiter Front ein Wachstum der Preise zu beobachten. Die Entwicklung bei den Konsumentenpreisen spiegeln in etwa die gleiche Dynamik, nur auf höherem Niveau wider. Unter Berücksichtigung der regionalen Unsicherheiten (Angebotsveränderungen aufgrund eines „besseren“ oder „schlechteren“ Monsuns) und der globalen Dynamik zeichnen sich so zunehmend Indizien für eine nachfragegetriebene Inflation ab. Die RBI geht in ihrem April-Bericht von einer Stabilisierung der WPI-Inflation auf einem Niveau von 5,5% im März 2011 aus.

Der Sensex hatte nach dem Verfall in der Folge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise (starker Rückzug der institutionellen Anleger/FII aus Indien) im Mai mit 12.000 Punkten wieder den Stand vom Oktober 2008 erreicht.

Die Portfolio-Investitionen, die 2008 deutlich rückläufig waren, sind wieder sichtbar angezogen (2009: 17,5 Mrd. USD).

## **Teil II – *Wirtschaftspolitik***

### **1. Fiskalpolitik**

Der Haushalt 2010/2011 umfasst ein Gesamtausgabevolumen in Höhe von Rs 11,08,749 crore (knapp über 163 Mrd. Euro, zum Vergleich Bundeshaushalt: 280 Mrd Euro). Der neue Haushalt wächst im Vergleich zum vergangenen Finanzjahr nominal um 9 %. Die UPA-II-Regierung musste sich drei wesentlichen mit einander verbundenen mittel- bis langfristigen Herausforderungen stellen.

Zum einen: Konsequente Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, um das zentralstaatliche Defizit von 6,7 % des BNP nach Abklingen der Wirtschaftskrise wieder zurückzuführen; damit partielle Rücknahme der in diesem Kontext eingeführten Konjunkturstimuli (roll back Exit-Strategie).

Zum anderen: Rasche Rückkehr zu einem Wachstum in der Größenordnung von 9% (längerfristig Übergang zu zweistelligem Wachstum), von dem alle Bevölkerungsgruppen profitieren (inclusive growth).

Schließlich: Verbesserung der Governance, damit staatlichen Güter und Dienstleistungen besser und schneller bereitgestellt werden können.

Zur Finanzierung des Haushalts setzt die Regierung im Wesentlichen auf die Verbesserung der Steuereinnahmen (Erhöhung der Gesamtsteuerlast um ca. RS 69.000 crore/10 Mrd. Euro) und die Veranschlagung von Sondereinnahmen (ca. RS 40.000 crore/5,9 Mrd. Euro für Privatisierungen und ca. RS 50.000 crore/7,3 Mrd. Euro für Versteigerungserlöse von Telekommunikationslizenzen).

Bei der steuerlichen Komponente ist neben der Erhöhung der Gesamtsteuerlast ein klarer Schwenk von den direkten Steuern zu den indirekten Steuern festzustellen. Die Abgabenerhöhungen bei den indirekten Steuern erfolgen v.a. bei den Verbrauchssteuern. Im Gegenzug entlastet das Budget Privathaushalte bei den Einkommenssteuern. Das Budget setzt klare steuerstrukturpolitische Akzente: Entlastungen bei der Einkommenssteuer, systematischer Abbau von generellen Steuervergünstigungen, jedoch gezielter Einsatz von

neuen Steuervergünstigungen für erneuerbare Energien, Ernährungswirtschaft, Hotelgewerbe und Medizinprodukte. Die Verbreiterung bei den indirekten Steuern ist auch mit Blick auf die 2011 geplante Einführung einer einheitlichen Umsatzsteuer auf Waren und Dienstleistungen (Goods and Services Tax) zu werten.

Die Ausgaben des indischen Staatshaushaltes betreffen vornehmlich die Bereiche Sozialpolitik und ländliche Entwicklung (mittlerweile 37% des Haushalts für Sozialpolitik, hinzukommen 25% für ländliche Entwicklung). Vor die Wahl gestellt, auf der Ausgabenseite die sozialen Programme zu kürzen oder indirekte Steuern zu erhöhen, entschied sich die Regierung für letzteres, auch um ihrem Motto "Inclusive Growth" erneut gerecht zu werden. Dennoch war der Vorwurf zu hören, das Budget sei zu wirtschaftsfreundlich.

Die Regierung hat Mut gezeigt und die Subventionierung von Diesel und Benzin in einer Rohöl-Tiefpreisphase deutlich zurückgeführt und den Weg für weitere systemische Änderungen bei direkter und indirekter Besteuerung vorbereitet (General Sales Tax, Einkommensbesteuerung). Perspektivisch könnte damit das überbordende und kaum mehr überschaubare System von Subventionen und Ausnahmen von Besteuerung beendet werden und die verbleibenden Subventionen treffsicherer für die wirklich Bedürftigen gestaltet werden. Mit den Steuererleichterungen insbesondere für die Kongress-kritische Mittelschicht hat Finanzminister Mukherjee auch der Hauptoppositionspartei BJP etlichen Wind aus den Segeln genommen.

Die deutliche Rückführung des Haushaltsdefizits zeugt von erfreulicher Verantwortung für künftige Generationen, auch wenn der Wegfall von Ausgaben erhöhenden Einmalbelastungen, wie die Zahlung von Rückständen an Gehalts- und Pensionsbeiträgen, die noch im letzten Haushalt anfielen, den Prozess der Konsolidierung begünstigt. Der Erfolg steht außerdem unter der Prämisse, dass sich die zu Grunde gelegten hohen Wachstumserwartungen und die großzügig geplanten Einnahmen bei der Privatisierung und Lizenzvergabe erfüllen. Zum Thema Transparenz hat Finanzminister Mukherjee eine deutliche Präferenz für direkte Subventionen anstelle von Staatsschuldverschreibungen erkennen lassen.

## **2. Geldpolitik**

Die Geldpolitik der indischen Zentralbank (RBI) hatte in einem nach Abklingen der der Finanz- und Wirtschaftskrise veränderten volkswirtschaftlichen Umfeld und im Zusammenhang mit einer zu Besorgnis Anlaß gebenden Inflation geldpolitische Antworten zu finden.

In Anbetracht der steigenden Inflationsraten und des Risikos einer sich verfestigenden Inflationserwartung, gekoppelt mit der Erholung der Wirtschaft begann die RBI schon im Oktober 2009 mit dem graduellen Ausstieg aus der expansiven Politik. Am 27. Oktober erhöhte sie als ersten Schritt das sog. „Statutory Liquidity Ratio“ (SLR) von 24% auf das vor der Krise bestehende Niveau von 25%. Das SLR gibt an, wie viel ihrer langfristigen Anlagen die Banken in Form von Staatspapieren halten müssen. Des Weiteren wurden im Oktober Parameter der Kreditvergabe für die Exportfinanzierung und für Wertpapierfonds wieder auf Vor-Krisen-Niveau zurückgesetzt. In der Zeit von Oktober bis Januar erhöhte die RBI den Reservesatz (Cash Reserve Ratio/CRR) in zwei Schritten von 5 auf 5,75%. Der CRR ist der Satz, mit dem für Banken die Reserven entsprechend ihrer Sicht- und Terminverbindlichkeiten berechnet werden und den sie bei der Zentralbank halten müssen. 75 Basispunkte entziehen der Geldwirtschaft den Gegenwert von ca. 6 Mrd Euro Liquidität. Im April erhöhte die RBI den CRR um weitere 25 Basispunkte von 5,75 auf 6,0%. Mit der Erhöhung des

Hauptrefinanzierungssatz (Reposatz) der Banken setzte die RBI im März ihre Exit-Strategie mit einer anderen Qualität ihrer Instrumente fort. Sie erhöhte den Reposatz in zwei Schritten (März bzw. April) um jeweils 25 Basispunkte von 4,75% auf 5,25%, entsprechend wurde der Anlagesatz (reverse repo) von 3,25 auf 3,75% erhöht.

Analysten erwarten für die nahe Zukunft weitere Zinserhöhungen. Allerdings steht die Notenbank vor einem Balanceakt: Einerseits wird der Inflationsdruck wahrscheinlich bis Ende des Haushaltsjahres hoch bleiben, was Zinserhöhungen rechtfertigen würde. Andererseits soll sie die Schuldenaufnahme der Regierung nicht behindern, was Zinserhöhungen eher verbietet.

Das Geldmengenwachstum lag im April 2009 noch bei über 20% (auf das ganze Jahr gerechnet) und reduzierte sich nicht zuletzt aufgrund der Maßnahmen beim Reservesatz in den folgenden Monaten auf ein Jahreswachstum von ca. 16,5%. Damit ergab sich im Ergebnis eine komfortable Überschussliquidität. Die Geldmarktsätze waren entsprechend am unteren Rand des Repo-Zinskorridors angesiedelt. Das große Emissionsvolumen an staatlichen Wertpapieren verursachte zwar einen permanenten Zinserhöhungsdruck, der jedoch durch äußerst aktives Management bei den staatlichen Wertpapieren unter Kontrolle gehalten werden konnte. Unter Berücksichtigung des Kreditbedarfs des privaten Sektors sowie des Kreditbedarfs durch die zusätzliche Staatsverschuldung hat die RBI ein Zielwachstum für das laufende Fiskaljahr (bis Ende März 2011) von 17% festgelegt. Für das laufende Fiskaljahr ist sogar eine um 36% höhere Bruttoemission an Staatspapieren vorgesehen. Dadurch wird ein Umgang mit dem Zinserhöhungsdruck wird im laufenden Jahr noch schwieriger werden. Hinzu kommen u.a. eine verstärkte privaten Kreditnachfrage und wachsende Inflationsprämien, welche einen zusätzlichen Druck nach oben auf die Zinsen ausüben werden.

### **3.Strukturpolitik**

Das anhaltende kräftige Wachstum der letzten Jahre hat die bestehenden sozialen, sektoralen und regionalen Ungleichgewichte stärker hervortreten lassen und das Bewusstsein für die strukturellen Defizite der indischen Volkswirtschaft geschärft. Die im 11. Fünfjahresplan enthaltenen strukturpolitischen Akzente der Regierung zielen darauf ab, diese Ungleichgewichte abzubauen und ein hohes Wachstum auf breiter Basis zu verstetigen, das alle Bevölkerungsschichten und alle Wirtschaftsbereiche einschließt.

Ein Kardinalproblem bleibt die rückständige Landwirtschaft mit ihren stagnierenden Erträgen, die ungeachtet ihres kontinuierlich rückläufigen BIP-Anteils für die überwiegende Mehrheit der ungelerten Arbeitskräfte weiterhin die einzige Erwerbsquelle darstellt. Neben einer höheren Produktivität der Landwirtschaft sollen die verschiedenen zentralstaatlichen Großprogramme („flagship programmes“) zur ländlichen Entwicklung (Straßenbau, Elektrifizierung, Wasserversorgung/Bewässerung, Schul- und Gesundheitswesen usw.), welche die investive Seite des Budgets bestimmen, die Voraussetzungen für die dringend benötigten nicht-agraren Erwerbsmöglichkeiten auf dem Lande schaffen. Für die unter dem ländlichen Entwicklungsplan „Bharat Nirman“ zusammengefassten Maßnahmen sind im Haushalt 2010/11 Mittel in Höhe von umgerechnet ca. 8,7 Mrd. Euro bereitgestellt, was einer Steigerung von 31,6 % gegenüber dem Vorjahresansatz entspricht.

Weiterer strukturpolitischer Schwerpunkt ist die Schaffung industrieller Kerne im Lande. Dazu will die Regierung demnächst eine „National Manufacturing Strategy“ verabschieden, die zu einer Verstetigung des Wachstums des verarbeitenden Gewerbes in der Größenordnung von 12 bis 14% führen soll. Gegenwärtig trägt die Industrie lediglich mit 15% zum BIP bei –

nach Ansicht der Regierung bräuchte Indien aber einen Anteil von 35%, auch um einer zunehmenden Importabhängigkeit bei Konsumgütern vorzubeugen. Vor allem aber sollen im verarbeitenden Gewerbe die dringend benötigten Arbeitsplätze entstehen, damit die „demografische Dividende“ nicht in einen demografischen Alldruck mit hoher Arbeitslosigkeit umschlägt.

Alle Prognosen sehen in den gravierenden Infrastrukturdefiziten ein Haupthindernis für die längerfristige Fortschreibung der hohen Wachstumsraten. Der von der Regierung für den lfd. Fünfjahresplan hier errechnete Kapitalbedarf wurde wiederholt nach oben korrigiert und inzwischen auf beeindruckende 500 Mrd. USD beziffert, d.h. auf 100 Mrd. USD pro Haushaltsjahr, von denen jeweils 30 Mrd. von privaten Investoren im Rahmen von „Public Private Partnerships“ (PPP) aufzubringen wären. Der aktuelle Haushalt gibt allerdings keinen Aufschluss, wo die von öffentlicher Seite zu finanzierenden 70 Mrd. herkommen sollen. Ohne eine Liberalisierung des Kapitalmarkts und eine Mobilisierung von Pensions- und Versicherungsfonds in die Infrastrukturfinanzierung werden diese ehrgeizigen Planziele kaum zu erreichen sein.

#### **4. Außenwirtschaftspolitik**

Die Wirtschafts- und Finanzkrise führte zu rückläufigen Exporten und Importen (vgl. Zahlen oben unter I.4.). Inzwischen zieht die außenwirtschaftliche Aktivität indes wieder stärker an. Die Dynamik des außenwirtschaftlichen Wachstums verortet sich zunehmend im asiatischen Raum – schon jetzt verzeichnet der indische Handel mit China und mit ASEAN die stärksten Zuwachsraten.

Angesichts dieses „Look-East“-Trends der bilateralen indischen Handelsströme gewinnt das geplante Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU besondere Bedeutung. Noch ist Indien der einzige große Markt in Asien, wo die EU (ggü. USA, China und Japan) vorne liegt. Deutschland hat als wichtigster indischer Handelspartner innerhalb der EU mit einem Gesamtvolumen von gut 13,1 Mrd. Euro ein erhebliches Interesse, durch das Abkommen künftig seine Wettbewerbsfähigkeit insbesondere gegenüber der Konkurrenz aus Asien wahren zu können. Mit dem Exportschwerpunkt Maschinen und Anlagen nimmt Deutschland als Lieferant gegenwärtig den 6. Platz ein; als Abnehmer indischer Waren steht es an 7. Stelle.

Politisches Zieldatum für den Abschluss dieses umfassenden Freihandels- und Investitionsabkommens, das seit Juni 2007 verhandelt wird, ist der EU-Indien-Gipfel Ende des Jahres. Wichtige Abkommensbestandteile sind jedoch nach wie vor streitig. Die Verhandlungen kommen jetzt in die Phase, in der von beiden Parteien „schmerzhaft“ Konzessionen gefordert sind, damit es zu einem Abschluss kommen kann. Dissens besteht insbesondere über die indische Forderung nach asymmetrischen Zolllsenkungen und umfangreichen indischen Ausnahmen für Industriegüter (betroffen sind dt. Interessen insb. im Automobilsektor, Chemikalien). Kontrovers ist ferner das indische Petitum nach Öffnung der europäischen Märkte für indische Fachkräfte (sog. Mode 4: Dienstleistungserbringer aus Indien sendet sein Personal zur Dienstleistungserbringung nach Deutschland etwa für ein IT-Projekt in einem deutschen Unternehmen). Stein des Anstoßes sind für Indien ferner die Verhandlungen über Nachhaltigkeit, Sozial- und Umweltstandards. Auf entsprechende Forderungen und Kritik seitens der EU reagierte Indien bislang harsch bis hin zu Drohungen mit Scheitern. Möglicherweise kann hier das Freihandelsabkommen der EU mit Korea mit der Einrichtung eines Gremiums, das unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, die sozial- und umweltpolitischen Implikationen des Abkommens bewertet, einen Ausweg aufzeigen.

Die gezielte Stärkung der Exportleistung durch eine Diversifizierung der Warenstrukturen hin zu höher veredelten Produkten sowie durch gezielte Exportförderprogramme für einzelne

Branchen wie Textilindustrie, KFZ-Komponenten oder IT-Dienstleistungen ist ein zentrales Element in den Bemühungen der Regierung um die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Diesem Ziel dienen auch die seit 2005 gesetzlich geregelte Einrichtung von steuer- und zollrechtlich begünstigten Sonderwirtschaftszonen (SEZ) sowie die schon genannte avisierte „National Manufacturing Strategy“, die im Wege eines „Inselansatzes“ in den „National Manufacturing Zones“ eine Flexibilisierung des Arbeits- und Insolvenzrechts bringen soll.

Der Landerwerb ist nach wie vor ein kardinales Hemmnis für größere Industrieprojekte. Das Fehlen einer registermäßigen Erfassung von Grundstücken, zersplitterte Eigentumsstrukturen und die Interessen von Stammesgruppen (z.B. in den rohstoffreichen Bundesstaaten Orissa, Jharkand und Chattisgarh) machen den Landerwerb nicht selten zu einem langwierigen und unsicheren Vorhaben. Gegenwärtig wird ein Landerwerbgesetz (Land Acquisition Bill) parlamentarisch beraten.

Bei den Auseinandersetzungen um einen Abschluß der Doha-Runde der WTO nimmt Indien weiterhin eine Schlüsselrolle ein, auch wenn es die Versuche einer Annäherung der Positionen der Industrie- und der Schwellenländer über die Gespräche im G4-Format im Sommer 2008 selbst platzen ließ. Generell hat die ind. Verhandlungsführung bislang kaum eigene konstruktive Beiträge für eine Überbrückung der Gegensätze geliefert, sondern vor allem die eigenen politischen Sachzwänge (Schutz von Millionen von Subsistenzbauern sowie von „infant industries“) betont und substantielle Zugeständnisse der USA und der EU als Voraussetzung für die eigene Marktöffnung eingefordert.

Indien hat in den letzten Jahren den Abschluss bilateraler und multilateraler Freihandels- und Kooperationsabkommen mit seinen wichtigsten Handelspartnern vorangetrieben. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Großraum Asien-Pazifik, der bereits gut die Hälfte der indischen Exporte aufnimmt („Look-East“-Politik). Mit Sri Lanka, Thailand, Korea, Singapur und ASEAN wurden bereits Freihandelsabkommen abgeschlossen und (partiell) in Kraft gesetzt. Das zwischen Indien und ASEAN geschlossene Freihandelsabkommen über Güter, soll nun noch um ein Abkommen über Dienstleistungen ergänzt werden, dessen Abschluss auf dem nächsten ASEAN-Gipfel im Oktober angestrebt wird. Die im Rahmen der südasiatischen Regionalorganisation SAARC formal am 1. Januar 2007 in Kraft getretene südasiatische Freihandelszone SAFTA hingegen entfaltet wegen indisch-pakistanischer Spannungen (Pakistan verweigert indischen Einfuhren die Meistbegünstigung) bislang kaum Wirkung.

Auch mit Japan verhandelt Indien nunmehr über ein Freihandelsabkommen. Gegenüber dem Drängen Chinas auf gegenseitige Marktöffnung bestehen hingegen noch erhebliche Vorbehalte, da man eine Überflutung mit industrieller Massenware zu Dumpingpreisen befürchtet. Misstrauen und Konkurrenzdenken prägen insb. die Bereiche Energie und Rohstoffe. Beide Länder sind angesichts des starken Wachstums auf Importe angewiesen. Indische Unternehmen sind bei der Lizenzvergabe für die Erschließung neuer Öl- und Gasvorkommen (Kasachstan, Sudan, Libyen, Nigeria) oder dem Abschluss langfristiger Lieferverträge (Myanmar) gegenüber der chinesischen Konkurrenz nicht im gleichen Ausmaß zum Zuge gekommen. Der Iran spielt für Indien vor allem bei der Energiesicherheit eine wachsende Rolle. Die jüngsten Wirtschaftssanktionen des Sicherheitsrats der VN dürften Indien daher auch vor energiepolitische Herausforderungen stellen.

## **5.Ausblick**

Nachdem die Indien-Euphorie der letzten Jahre zweitweilig ein wenig abgeebbt schien, breitet sich nun wieder Optimismus aus. Die Chancen zu einem robusten Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von 9 % zurückzukehren stehen gut, obschon die UPA-II Regierung eine zunehmend vorsichtige Haltung gegenüber weiteren Liberalisierungsschritten zeigt. Die indische Regierung wird entsprechend ihrem politischen Leitmotiv des „inclusive growth“

weiterhin Augenmerk auf die Sozialpolitik richten und in Maßen reformieren. Indien wird mit seinen komparativen Kostenvorteilen und seinem riesigen Binnenmarkt in jedem Fall ein für ausländische Investitionen hochattraktiver Markt bleiben. Der Subkontinent steht vor großen Herausforderungen insb. im Bereich der „governance“ (einschl. Bürokratieabbau): Nur deren Bewältigung wird es Indien ermöglichen, sein Potential voll zu entfalten und den Weg zur einer wirtschaftlichen Großmacht des 21. Jahrhunderts weiterzugehen.